

"Es lebe das freie Baselbiet!"

Autor(en): **Rudin-Bühlmann, Sibylle**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Baselbieter Heimatblätter**

Band (Jahr): **64 (1999)**

Heft 27: **Geschichte 2001 : Mitteilungen der Forschungsstelle Baselbieter
Geschichte**

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-860118>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

„Es lebe das freie Baselbiet!“

Sibylle Rudin-Bühlmann

Die freiwirtschaftliche Bewegung im Baselbiet der Dreissigerjahre

„I wäiss scho, hüttigtags wäi die Junge au afe läbe, wie die in de Stett, im Aesse wie in de Chläidere, niem isch meh z'friede, und das isch euser Eländ; [...] Vo Sigaretli und halbfränkige Sigare het me au no nütt gwüsst, der Grossätti hätt se äim usim Muul gschlage; aber jetz set afe der Grossätti dene Grossgrinde folge und se förchte. So witt si mer cho mit de neue Schuele und ohni Religion.“

[LS 25.3.1922]

Mit solchen Sätzen gibt in den Zwanzigerjahren der Läusner Stationsvorstand Robert Miesch unter dem Pseudonym Joggeli Ohäie seiner Unzufriedenheit mit der modernen Welt Ausdruck. Jeden Samstag veröffentlicht er seine in Mundart abgefasste „Plauderei usim Hinderland“ in der Baselbieter

Tageszeitung *Landschäftler* und hat damit grossen Erfolg. Während sich der Aufschwung der Industrie in der Zwischenkriegszeit fortsetzt, haben Landwirtschaft, Heimindustrie und Kleingewerbe mit strukturellen Problemen zu kämpfen, die bereits im 19. Jahrhundert mit der überhandnehmenden Industrialisierung und der stärkeren Mobilität begonnen hatten. Grund und Boden in der Landwirtschaft sind mit hohen Hypotheken belastet, die steigenden Kapitalzinsen können kaum mehr bezahlt werden; Handwerk und Gewerbe werden durch die neuen Industrien verdrängt; der Niedergang der Heimbandweberei ist nicht mehr aufzuhalten:

„s Pasimänte het scho au e chli aazoge, aber ohäie, do muess scho wieder es Viertuljohr

druflös kläpperet sy, bis numme d'Soomehäröpfel [Setzkartoffeln] zahlt sy; vom Landzeis wäi mer gar nit schwätze. Wenn me nit öppe es Chüehli oder es halb Dotzed Gäisse hätt, ass me d'Milch im Summer no müessti chauffe, chönnt me Schigoriwasser [Kaffeersatz] suffice für e Durst.“
[LS 6.5.1922]

Den Bauern, Posamentern und Gewerblern sind durch die Industrialisierung und Modernisierung aber nicht nur wirtschaftliche Schwierigkeiten,

Inhalt

Es lebe das freie Baselbiet!

Zum Projekt

sondern auch gesellschaftliche Unsicherheiten erwachsen. In den Zwanziger- und Dreissigerjahren manifestiert sich die Unzufriedenheit mit der modernen industriellen Gesellschaft und ihrem Zeitgeist immer öfter. Die „Unsittlichkeit der Zeit“ und ihr „gedankenloser Materialismus“ sind Thema unzähliger Zeitungsartikel des *Landschäftlers*, der in der Zwischenkriegszeit zum Sprachrohr eines unzufriedenen Mittelstandes wird. Die Verherrlichung der „guten alten Zeit“ und die Verdammung der Moderne machen auch vor der Politik nicht halt. So meint der *Landschäftler* an die Adresse der neugewählten Nationalräte im Jahr 1922:

„Hütet euch vor dem, was man in schuftigen Worten Partei- oder Verbandspolitik nennt! Viel Unheil ist unserm Lande aus dem ‘Interessenkampf’ entstanden. Ihr habt keinen Klassenkampf zu führen, sondern sollet versöhnend die Hand hinstrecken. Ihr habt zu erklären, zu überzeugen, aber nicht zu pochen auf die Macht irgendwelcher Organisationen, seien es nun Gewerkschaften, Angestelltenkartelle, Genossenschafts- und andere Verbände oder allmächtige Sekretariate. Lasst euch nicht ins Schlepptau nehmen von euern Fraktionsführern und andern Bonzen.“
[LS 1.11.1922]

Auch Joggeli Ohäie schweigt nicht zu diesem Thema und schimpft:

„I glaube allewil, wemme die verdammti Politig mit dene frömde Wörter nit hätt, giengs au besser bei eus.“
[LS 29.12.1921]

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Mittelstandes werden mit der Weltwirtschaftskrise noch grösser. Im Oktober 1929 markiert der schwarze Freitag von New York, der Zusammenbruch der Börse an der Wall Street, den Beginn einer globalen Wirtschaftskrise. Der Welthandel wird rückläufig, die Arbeitslosigkeit nimmt stark zu, auch bei uns. Die Schweiz, deren Führung an einer stabilen Goldwährung festhält und sich einer Abwertung der Währung verweigert, sitzt auf einer Kosteninsel, der teure Franken lässt den Absatz stagnieren. Um Industrie und Landwirtschaft gegenüber dem Ausland konkurrenzfähig zu halten, betreibt der Bundesrat eine Politik, die unter dem Konzept „Abbau“ bekannt und berüchtigt geworden ist, und die dazu führt, dass sich eine Deflationsspirale zu drehen beginnt: Die Löhne werden abgebaut, die Preise fallen ins Bodenlose. Die restriktive Geldmengen- und Kreditpolitik der Notenbank verstärkt den Preiszerfall.

Die Landwirtschaft im Baselbiet wird durch die Krise und die Abbaupolitik stark mitgenommen, da die Preise für landwirtschaftliche Produkte sinken, nicht aber die Hypothekarzinsen. Für die Kleinbauern kommt zum Hypothekarzinsproblem oft noch der Verlust der Arbeit in der Posamenterei. Die Seidenbandindustrie muss immense Einbussen hinnehmen: Zählt man 1920 noch 3920 Webstühle, sind es 1940 noch 700. Auch das Kleingewerbe ist von der Weltwirtschaftskrise betroffen. Es kann seine Produkte wegen des Kaufkraftverlustes der Bevölkerung nicht mehr absetzen.

In diesem Klima der wirtschaftlichen Verunsicherung fassen die Freiwirtschaftler in den Dreissigerjahren Fuss im Baselbiet. Vorher war die politische Aktivität des *Schweizerischen Freiwirtschaftsbundes SFB* auf den Gründungskanton Bern beschränkt gewesen. 1932 wird in Baselland eine Ortsgruppe gegründet. Der Bericht darüber im *Landschäftler* verspricht Paradiesisches: Die Freiwirtschaftler wollen für eine „geregelt Versorgung der schweizerischen Volkswirtschaft mit Schweizergeld“ sorgen und damit dem Bürger zur Erhaltung der Kaufkraft, zum Rückgang der Zinsen und zur Vollbeschäftigung verhelfen.

Der Arbeiter soll in Zukunft gerecht entlohnt und nicht mehr zum Opfer von Spekulanten werden, die Arbeit, nicht mehr der „Mammon“, die Geschicke des Einzelnen lenken. Jedem soll die Möglichkeit gegeben werden, zu einem selbständigen, unabhängigen Unternehmer zu werden: nicht mehr Kapitalisten entscheiden über den Gang der Wirtschaft, sondern der Einzelne soll sein Schicksal kraft seiner Tüchtigkeit selber in die Hand nehmen können.

Die Freiwirtschaft beruft sich auf die anfangs des zwanzigsten Jahrhunderts entwickelte Wirtschaftslehre von Silvio Gesell. Gesell möchte die herkömmliche liberale Marktwirtschaft belassen, aber mit einigen grundlegenden Veränderungen ihre Krisenanfälligkeit beseitigen: Er fordert statt einer stabilen Goldwährung die regulatorische Einflussnahme auf die Geldmenge, was eine Stabilisierung des Preisniveaus garantieren würde. Diese Art der Geldpolitik ist heute allgemein anerkannt. Weitere wichtige Postulate Gesells sind *Freigeld* und *Freiland*. Mit dem *Freigeld* soll der „Spekulation“ — der individuellen Einflussnahme der Geldbesitzer auf die Geldmenge und damit auf die gesamte Entwicklung der Wirtschaft — ein Riegel ge-

schohen werden. Das *Freigeld* ist ein Geld mit „Umlaufzwang“. Sparen, beziehungsweise „Horten“, wie es in der Terminologie der Freiwirtschaftler heisst, soll dem Geldbesitzer keine Zinsen mehr eintragen, sondern ihm im Gegenteil Verluste bringen: Das Geld wird, solange es dem Umlauf entzogen ist, periodisch entwertet. *Freiland* hingegen betrifft den Grundbesitz:

Gesell möchte, dass der Boden seine Funktion als Produktionsmittel bewahren und nicht als Anlageobjekt missbraucht werden kann. Grundbesitz soll keinen Zins mehr tragen, sondern in den Besitz der Allgemeinheit überführt und die landwirtschaftliche Nutzung durch Erbpacht ermöglicht werden.

Volksversammlung

Sonntag, den 3. April, nachmittags um 2¹/₂ Uhr,
im Engelsaal in Liestal.

Vortrag mit anschließender Diskussion von
Fritz Schwarz aus Bern
über

Die Ursachen der Wirtschaftskrise, Mittel und Wege zu ihrer Beseitigung

Wer leidet unter der Wirtschaftskrise? Das ganze Volk: Arbeiter, Bauern, Handel- und Gewerbetreibende, Angestellte und Beamte, Industrielle. Auch die Besitzenden werden nicht verschont.

Kann die Krise behoben werden? Ja! Was tun unsere obersten Behörden dagegen? Nichts! Alles was sie tun, verschärft die Krise noch mehr. Ihre Maßnahmen sind das Produkt der Ratlosigkeit. Wir müssen selber handeln, und wenn die Leiter der Volkswirtschaft nicht wollen, so muß ihnen das Volk seinen Willen zeigen.

Bafelbieter, besucht am nächsten Sonntag den Vortrag von Fritz Schwarz!

Die Veranstalter:
Dr. G. Berger, Liestal
Paul Pfeil, Liestal

Eintritt frei!

Inserat im Landschättler vom 31. März 1932

Gesell macht sein Wirtschaftsmodell in einem weiteren Schritt auch zu einem Gesellschaftsmodell. Soziale Konflikte werden, seiner Meinung nach, durch wirtschaftliche Ungerechtigkeiten und Krisen ausgelöst. Sein Wirtschaftsmodell soll die sozialen Konflikte eliminieren: Mit *Freigeld* und *Freiland* würde das „arbeitslose Einkommen“ verhindert, die Spekulation mit Geld und Land wäre nicht gewinnbringender als die Arbeit selbst.

Gesell setzt grundsätzlich auf den freien Wettbewerb. Er ist fest davon überzeugt, dass sich nach Einführung seiner Postulate die Wirtschaft selbst reguliert, jeder Bürger dank seiner Tüchtigkeit und seines Arbeitseinsatzes Zugang zum Wettbewerb erhält und Erfolg haben wird. Staat, Politiker, Parteien und Verbände brauchen sich nicht mehr in die Wirtschaft einzumischen. Im Bericht über die Gründung der freiwirtschaftlichen Ortsgruppe Basel im Jahr 1932 werden die Konzepte „Freigeld“ und „Freiland“ gar nicht erwähnt. Allein die geregelte Geldmengenversorgung soll paradiesische Zustände ins Baselbiet tragen. Am 3. April 1932 organisiert die Ortsgruppe eine „Volksversammlung“ im Hotel Engel in Liestal. Dreihundert Bürger interessieren sich für die freiwirtschaftliche Methode zur

Krisenbewältigung. Der Referent orientiert die Versammelten über die Vorzüge der Währungsregulation und des Freigeldes. Die Versammelten werden beruhigt, das Freigeld werde für sie, die kleinen Leute, keine Nachteile bringen:

„[Es] wird nur denjenigen unbequem, die das zum Umlauf bestimmte Geldmittel (Noten nicht etwa Münzen) in ihren Schränken einschliessen, es damit der Wirtschaft entziehen und die Krisen verursachen: für das einfache Volk besteht ja sowieso eine grosse Umlaufgeschwindigkeit des Geldes - denn nur wer sehr viel hat, ist in der Lage, die erhaltenen Noten einzusperren.“

[LS 4./5.4.1932]

Die Versammelten verabschieden eine Resolution, die dem Bundesrat und der Nationalbank tiefstes Misstrauen gegenüber ihrer Krisenpolitik, das heisst gegenüber Goldwährung und restriktiver Geldmengenpolitik, ausspricht. Bereits drei Wochen später folgt eine zweite Versammlung mit 700 Teilnehmern, auch sie verabschiedet eine Resolution. Der Referent betont den nichtrevolutionären Charakter der neu entstandenen Bewegung:

„Wir wollen keine Revolution [...] wir sind keine Revolutionä-

re. Wir wollen im Gegenteil dafür sorgen, dass keine Revolution entsteht!“

[LS 25/26.4.1932]

Der Chefredaktor des *Landschäftlers*, der Freiwirtschaftler Hans Konrad Sonderegger, drückt ganz klar aus, dass er von den Behörden wenig Konstruktives erwartet, dass er aber auf „Druck von unten“ hofft. Dabei spielt das Bild von einem unschuldigen, und noch nicht durch einseitige wirtschaftliche und politische Interessen verdorbenen Volk eine wichtige Rolle:

„Und man weiss nicht einmal dies, ob nicht das Volk selber aufwacht, in seinem unverdorbenen Verstand das Klare, Einfache und Grosse versteht und auf einmal, aus seiner Not heraus, gescheiter wird als die verschlafenen Führer.“

[LS 6.5.1932]

Die Freiwirtschaftler sind nicht mehr aufzuhalten: Der Druck von unten funktioniert, es folgen eine dritte und vierte Volksversammlung, mit bereits 1000 Versammelten. Die Behörden des Kantons reagieren nervös, intervenieren mit Interpellationen und Anfragen auf Bundesebene. An der vierten Versammlung wird das *freiwirtschaftliche Manifest* verabschiedet. Sonderegger betritt



Hans Konrad Sonderegger, Pfarrer, Anwalt, Redaktor und Nationalrat (Foto: HKS. Hans Konrad Sonderegger, 1891-1944, Horgen 1991)

die Rednertribüne unter „gewaltigem, nicht endenwollenden Beifall“. Neben der Forderung nach dem Recht jedes Bürgers auf den Arbeitsertrag, Verurteilung von Preisschwankungen und Goldwährung, kurzer Erwähnung des Freigeld- und Freilandkonzeptes, bildet die Freiheit des Bürgers gegenüber

dem Staat ein zentrales Thema: „Mit aller Schärfe müssen wir Gerechtigkeit fordern und mit aller Schärfe müssen wir uns gegen die Unterdrückung der Freiheit wenden. Die Grundlage der staatlichen und wirtschaftlichen Ordnung ist die Freiheit der Persönlichkeit. Jede Beschränkung durch den Staat

muss auf dem freien Willen des Volkes beruhen.“
[LS 14.11.1932]

Nachdem weder kantonale noch eidgenössische Behörden auf die freiwirtschaftlichen Forderungen aus dem Baselbiet eingehen, wird im Mai 1933 eine fünfte Volksversammlung einberufen. 1500 Teilnehmende sind es bereits, glaubt man den Aussagen des *Landschäftlers*. Jetzt stellen die Freiwirtschaftler die politische und wirtschaftliche Führung des Landes unter Anklage: Diese habe die Demokratie verraten und sei von den demokratischen Grundsätzen schrittweise abgekommen. Die Krise diene ihrer Machterhaltung:

„Krisen sind immer mit dem Preiszerfall verbunden: der Preiszerfall aber ist eine gemachte, eine von Interessenten planvoll herbeigeführte Erscheinung mit dem Ziele, dem arbeitenden Volke vom Arbeiter bis zum Industriellen, vom Handwerker bis zum Handelsherrn die Früchte der Arbeit wegzunehmen.“

Die Politiker steckten mit der Wirtschaft unter einer Decke:

„Die Hoffnung, dass die jetzigen Führer noch zu bekehren wären, ist von uns aufgegeben worden, denn sie sind ja die

Nutzniesser des jetzigen Systems.“

Der Referent ruft zum aktiven Widerstand des Volkes gegen die interessengebundenen Behörden auf, „zur Rettung der schweizerischen Demokratie“. Die Botschaft des freiwirtschaftlichen Referenten auf dem Podium versucht den Baselbieter als Vorreiter demokratischer Errungenschaften direkt anzusprechen:

„Jetzt ist das Volk der Verelendung preisgegeben und politisch zerrissen. Wir werden es aus seiner Not befreien, denn wir sind die Macht der Zukunft. [...] Gerade im Baselbiet erwachte dieser neue Geist zuerst, wie schon andere Fortschritte der Demokratie im Baselbiet erweckt wurden. Darum vor allem: Es lebe das freie Baselbiet. Es lebe die freie Schweiz.“

[LS 15./16.5.1933]

Bei dieser fünften und letzten grossen Volksversammlung im Mai 1933, die die Freiwirtschaftler im Baselbiet organisierten, fällt auf, wie weit die Argumentationen im Sinne des wirtschaftlichen Modells von Silvio Gesell in den Hintergrund gerückt sind. Geblieben ist die Kritik an der Deflation, wobei sich der Akzent eindeutig auf die Schuldfrage verschoben

hat: Behörden, Politiker, Wucherer, Schieber, Profiteure und Antidemokraten werden in einen Topf geworfen. Ihnen wird unterstellt, ein freiheitsliebendes und arbeitsames Volk zu knechten und auszubeuten, sei es durch das Instrument des durch sie beherrschten Staates oder durch ihre nur auf die eigenen Interessen ausgelegte Wirtschaftspolitik. Das Volk wird aufgerufen, den Parteien, dem Staat und der Politik demokratischen Widerstand entgegenzusetzen, sie wieder der demokratischen Kontrolle des Souveräns unterzuordnen.

Markus Schärer hat in seiner 1983 verfassten Dissertation *Geld- und Bodenreform als Brücke zum sozialen Staat. Die Geschichte der Freiwirtschaftsbewegung in der Schweiz (1915-1952)* die wirtschaftlichen Komponenten herausgearbeitet, die dafür verantwortlich sind, dass die Freiwirtschaftler in Baselland Fuss fassen können und zu einem ernstzunehmenden politischen Faktor werden. Fallende Preise bei gleichbleibendem Schuldenberg hätten die Kleinbauern dem freiwirtschaftlichen Widerstand gegen die Abbaupolitik zugeführt. Zudem seien die Posamentier auf Exportindustrie angewiesen und deshalb an der von den Freiwirtschaftlern etwas später ebenfalls vertretenen Ab-

wertung interessiert gewesen. Ergänzend zu Schärers Thesen möchte ich eine weitere formulieren: Die Freiwirtschaft kann sich als linksbürgerliche Alternative zwischen SP und FDP anbieten, weil es ihr gelungen ist, ihr politisches Programm so zu entwickeln, dass sie den Nerv basellandschaftlicher kleinbürgerlicher Kreise auch in mentalitätsmässiger Hinsicht trifft.

Es ist nicht nur Gesells Vision von einer Gesellschaft, in der jeder durch fleissige Arbeit sein eigener Kapitalist werden kann, die für den wirtschaftlich bedrohten Mittelstand eine ungeheure Attraktivität bietet, sondern es wird von den Freiwirtschaftlern auch ein staats- und parteifeindliches Demokratieverständnis vermittelt, für welches das basellandschaftliche Kleinbürgertum bereits in den Zwanzigerjahren hellhörig geworden ist. Mit ihren bewegungsähnlichen, anarchistischen Methoden (Volksversammlungen, Resolutionen, Akklamationen) können sie den Widerstand gegen das als erdrückend empfundene politische System anschaulich manifestieren. Ohne wirklich revolutionär zu sein, bieten die Freiwirtschaftler den bedrückten Bürgern die Möglichkeit, gegen das System zu revoluzzieren.